



Protokoll

Öffentliche Sitzung mit anschließendem nichtöffentlichen Teil	
Lfd. Nr.:	StrBrÖA/005/2024
Gremium:	Ausschuss für Straßen, Brücken und ÖPNV
Sitzungsort:	Sitzungssaal des Rathauses
Datum:	13.05.2024
Sitzungsdauer:	18:00 Uhr bis 20:35 Uhr

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Holger Mundt (im Folgenden AV genannt) eröffnet um 18:02 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Straßen, Brücken und ÖPNV und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder (im Folgenden AM genannt), die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter des Seniorenbeirates der Gemeinde Apen Reinhard Glaffig und die Zuschauer. Die Presse ist nicht anwesend.

Der Vertreter des Behindertenbeirates der Gemeinde Apen Uwe Schmidt fehlt entschuldigt.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

AV Mundt stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest.

AM Torsten Cramer wird durch Ratsmitglied (im Folgenden RM genannt) Maik Janßen vertreten.

3 Einwohnerfragestunde

Ein Zuschauer fragt, warum die Straße, die zu den beiden betroffenen Bungalows in der Kastanienstraße führt, nicht in einem laufenden Zwangsversteigerungsverfahren aufgeführt werde.



FBL Rosendahl gibt zu Protokoll, dass er sich das auch nicht erklären könne. Er rät den Anliegern, sich direkt an das Amtsgericht zu wenden, da ein berechtigtes Interesse bestehe. Der Zuschauer möchte wissen, warum die Gemeinde nicht unterstützt und beim Amtsgericht um Klärung bittet.

FBL Rosendahl erklärt hierzu, dass die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmete Stichstraße als Zuwegung zu den Bungalows im Privateigentum und somit diese Angelegenheit rein privatrechtlich sei.

AM Janßen fragt, was mit der Straße passiert, wenn die Bungalows erst einmal versteigert wurden.

FBL Rosendahl kann dazu keine Aussage treffen.

4 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form für festgestellt erklärt.

5 Genehmigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Straßen, Brücken und ÖPNV vom 12.09.2023 wird einstimmig genehmigt.

6 Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten

Die Verwaltung berichtet aus der Sitzung des Straßen-, Brücken- und ÖPNV-Ausschusses vom 12.09.2023 wie folgt:

TOP 9 – Sanierung der Fahrbahndecke in der Bahnhofstraße in Augustfehn I:

Nach dem aktuellen Stand wird die Sanierung der Bahnhofstraße voraussichtlich im Jahr 2025 im Haushalt eingeplant und durchgeführt werden können. Weitere Beratungen werden hierzu im Rahmen der Haushaltsberatungen stattfinden. Der konkrete Ausführungszeitraum wäre dann noch mit den örtlichen Vereinen zu klären, da diese auch von den verschiedenen Veranstaltungen abhängig sind, die auf und um den Eisenhüttenplatz stattfinden.

TOP 11 – Beidseitiger, barrierefreier Ausbau der Haltestelle Schützenstraße im Ort Apen in 2023:

Die Arbeiten an den Haltestellen Schützenstraßen sind so gut wie abgeschlossen. Die Firma Pönicke hat die Aufstellung der Fahrgastunterstände für Ende Mai avisiert. Die Firma Lehde wird den noch vorhandenen Fahrgastunterstand abbauen und zum Bauhof transportieren, danach erfolgen die Restarbeiten. Die Abnahme der restlichen Haltestellen hat bereits ohne Mängel stattgefunden

TOP 12 – Beidseitiger, barrierefreier Ausbau der Haltestelle Lengenermoor in Augustfehn II:

Die öffentliche Ausschreibung der Erd-, Kanal- und Straßenbauarbeiten ist erfolgt. Die Unterlagen sind nach der Submission am 30.04.2024 zur Prüfung zum Planungsbüro Prante gegangen und anschließend dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt worden. Die Auftragsvergabe wird am 14.05.2024 durch den Verwaltungsausschuss beraten. Der Ausbau ist für den Zeitraum vom 10.06. bis 16.08.2024 geplant, somit liegt der überwiegende Teil des geplanten Bauzeitraumes in den Sommerferien.

Am 10.04.2024 wurde per „Gelbe Karte“ über die gemeindliche Internetseite auf die Situation im Einmündungsbereich der Edewechter Straße / Schoolstraat hingewiesen. Dort kommt es durch parkende Autos und Tieflader vermehrt dazu, dass Busfahrer auf die Berme ausweichen müssen. Zusätzlich „wuseln“ Kindergarten- und Schulkinder hindurch. Bereits im Rahmen der Sitzung des Jugendausschusses am 05.02.2024 wurde auf diese Situation hingewiesen und ein entsprechender Beschluss vorberaten. Die Gemeinde Apen hat den Landkreis Ammerland gemäß der Beschlusslage um Prüfung eines Parkverbots (mit Ausnahme des Kindergartenverkehrs) gebeten.

Zum Sachstand Sanierung Bahnübergänge Eschstraße und Burgstraße teilte die Deutsche Bahn auf Nachfrage der Verwaltung mit, dass mit der Erneuerung der Bahnübergänge Eschstraße in 2028 und Burgstraße in 2030 zu rechnen sei. Eine frühere Ausführung der Maßnahmen sei aufgrund der planerischen Vorlaufzeit nicht möglich.

Die Gemeinde Apen hat den Antrag eines Anwohners auf Prüfung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 20 km/h und Schaffung baulicher Hindernisse in den Straßen Amselstraße und Friedensweg zuständigkeithalber an den Landkreis Ammerland weiterleitet. Es wurde daraufhin eine verdeckte Verkehrserhebung durchgeführt. Mit der Polizeiinspektion Oldenburg Stadt/Ammerland wurde die Verkehrserhebung durch den Landkreis Ammerland analysiert, mit dem Ergebnis, dass keine Notwendigkeit einer baulichen Veränderung bzw. Geschwindigkeitsreduzierung erforderlich sei.

Am 07.03.2023 wurde vom Verwaltungsausschuss der Gemeinde Apen die komplette Sanierung der Straßenbeleuchtung in den Straßen Hauptstraße (Einmündung Ammerlandstraße bis Firma AMF Bruns) und des Kreisstraßenanteils Osterende beschlossen. Die Maßnahme wurde daraufhin im Haushalt 2024 eingeplant. Die Ausschreibung für der Straßenbeleuchtung im Ort Apen wird in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro vorbereitet. Sobald alle Unterlagen vorliegen werden die weiteren Schritte eingeleitet. Die Umsetzung ist noch für 2024 vorgesehen.

Entlang des Augustfehn-Kanals wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Brücken mit fehntypischem Überbau durch die Gemeinde Apen errichtet. Einige wurden dabei mit einer Beleuchtung ausgestattet. Um dem Ortsbild und der Einheitlichkeit gerecht zu werden, wurde auch bei der Brücke in Höhe des landwirtschaftlichen Betriebes Cramer nun auf Initiative des Ortsbürgervereins Stahlwerk-Augustfehn e.V. und des Ratsmitgliedes und Anliegers Torsten Cramer eine Beleuchtung sowie eine Steckdose installiert. Die Kosten für den Anschluss und die Installation durch einen örtlichen Elektrofachbetrieb in Höhe von 2.667,85 Euro hat die Gemeinde Apen sich mit dem Ortsbürgerverein Augustfehn-Stahlwerk e.V. geteilt.

Für die Sanierung des nördlichen Fuß- und Radweges in der Hauptstraße in Augustfehn I stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Laut Kostenschätzung würden sich die Kosten in Anlehnung an die Sanierung des Fußweges Osterende auf ca. 52.000,00 Euro belaufen. Die Sanierung für den Südlichen Radweg ergab eine Kostenschätzung von ca. 215.000,00 Euro inkl. der Bushaltestelle.

Mit Schreiben vom 07.05.2024 hat die Gruppe CDU/FDP beim Landkreis Ammerland den Antrag gestellt, dass nach Abschluss der Bauarbeiten an der neuen Brücke in Augustfehn II, die während des Ausbaus temporäre Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h, auf der Stahlwerkstraße beibehalten wird. Als Begründung wurde die Bushaltestelle an der Stahlwerkstraße, die über keine Parkbucht verfügt und das vermutlich zunehmende Verkehrsaufkommen durch die Anbindung an das Familienzentrum angegeben. Weiterhin wird in dem Antrag eine optische Fahrbahnverengung bzw. eine durchgezogene Mittellinie beantragt, um den Verkehr zwischen der Kreuzung K119/K114 und der Einfahrt zum „Wirtschaftsbogen an der A28“ zu beruhigen. Fußgänger und Radfahrer hätten keine Querungshilfe, wenn sie in das Gewerbegebiet wollten. Obwohl das Schreiben direkt an den Landkreis Ammerland gerichtet war, hat die Gemeinde Apen den Antrag zuständigkeitshalber auch noch einmal an den Landkreis Ammerland weitergeleitet.

Die Einweihung der Grünen Straße soll am 24.05.2024 stattfinden. Es handelt sich um eine öffentliche Veranstaltung des Ortsbürgervereins Apen (im Folgenden OBV Apen genannt) mit Tee, Kaffee und Gebäck. Eine Einladung erfolgt zeitnah.

7 Besprechung der vorangegangenen Bereisung

Der Sitzung vorangegangen ist eine Bereisung des Ausschusses, die um 15.00 Uhr begann. AV Mundt fasst die Bereisung wie folgt zusammen:
Zunächst wurde die Straße „Alte Siedlung“ angefahren. Dort soll nach Abschluss der Baumaßnahme die Straßenseitenräume wiederhergestellt werden. Über die Neue Straße fuhr der Bus weiter in die Neue Siedlung zum Familienzentrum. Dort konnte man die fortschreitenden Arbeiten der Baumaßnahme in Augenschein nehmen. Über die Zuwegung des Sportplatzes ging es zum Dorfplatz. Derzeit wird dieser von der Firma Tell Bau GmbH für die

Lagerung von Material genutzt. Dort steht auch der Baucontainer für die wöchentlichen Baubesprechungen. Die Einfahrt zum Sportplatz ist stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch diese sollte nach Abschluss der Baumaßnahme erneuert und möglichst auch verbreitert werden. Kleinere Stellen in der Zufahrt sind ebenfalls auszubessern. Die Fahrt wurde fortgesetzt in die Straßen „An den Wiesen“. Hier wurde besprochen, welche Lösung für die Randbereiche dauerhaft möglich sei. Im weiteren Verlauf wurde der Tannenweg angefahren, um die Straßensituation im Bereich zur Südgeorgsfehner Straße zu begutachten. An dem entlang der Straße verlaufenden Graben bestehe keine Möglichkeit der Randbefestigung. Es wurde der Vorschlag gemacht, den veralteten Bebauungsplan dort neu zu beraten, um die verkehrliche Erschließung zu verbessern. Auf Antrag von Anwohnern aus Winkel ging die Fahrt zur Straße „Hoher Weg“, um auch diese Straße zu begutachten. Der Ausschuss ist jedoch zu dem Schluss gekommen, dass die Schäden nicht so erheblich wie in anderen Bereichen und dort keine großen Maßnahmen vorgesehen seien.

8 Erhalt der DB Präsenzagentur im TUI Reisecenter in Augustfehn Vorlage: VO/309/2024

AV Mundt begrüßt Frau Hobbiejanßen und Herrn Wildemann vom TUI Reisecenter Augustfehn.

FBL Rosendahl erklärt, dass es Überlegungen seitens der Niedersächsischen Landesnahverkehrsgesellschaft (im Folgenden LNVG genannt) gebe, die DB Präsenzagentur im TUI Reisecenter in Augustfehn zu schließen. Dieses wäre eine grobe Missachtung für benachteiligte und eingeschränkte Menschen und auch eine Leistungseinschränkung in der persönlichen Fahrkartenversorgung für die Bevölkerung. Er argumentiert für die Präsenzagentur mit Beispielen wie steigende Nutzerzahlen der Linie 366 und weiteren Buslinien (S90 für den Cloppenburger Bereich, Linie 470 für den Bereich Uplengen und Wiesmoor), die für eine Weiterführung der Agentur sprechen. Mit einem Einzugsgebiet von ca. 60.000 Menschen der neuen ÖPNV-Anlage einschließlich des Bahnhofs und auch dem grenzüberschreitendes Projekt „Wunderline“ stehen weiter starke Argumente für die Fortführung der Agentur. Mit der Schließung der Präsenzagentur könne auch z.B. ein Lehrer für eine Klassenfahrt Tickets nicht mehr problemlos kaufen.

Er übergibt das Wort an Frau Hobbiejanßen.

Sie bedankt sich für die Einladung und das Engagement der Verwaltung der Gemeinde Apen. In Vorbereitung auf diese Sitzung hat sie die Verkaufszahlen der Fahrkarten der letzten 2 Jahre zusammengestellt. Allein der Umsatz für den Fahrkartenverkauf im Jahr 2023 belief sich auf 240.000,00 Euro. Die Deutsche Bahn argumentiere hingegen, dass sich jeder ein Deutschland-Ticket kaufen könne und somit eine Präsenzagentur nicht zwingend notwendig sei.

Die Realität sehe jedoch anders aus. In ihre Agentur kommen auch junge Menschen (die durchaus in der Lage sind, online Tickets zu buchen), um sich fachmännisch beraten zu lassen. Sie habe oft festgestellt, dass jemand ein Niedersachsenticket kaufen wollte, um zum Beispiel nach Bremen oder Oldenburg zu fahren. Derjenige wusste nicht, dass es andere Preisoptionen gäbe. Diese können nur in einer persönlichen Beratung vermittelt werden. Nach Einführung des Deutschland-Tickets und des TIM-Tickets blieb der monatliche Umsatz für Fahrkartenverkäufe trotz allem bei ca. 20.000,00 Euro.

BM Huber gibt zu Protokoll, dass nicht die Deutsche Bahn, sondern die LNVG für die Agenturen zuständig seien. Sie müsse bei der Deutschen Bahn einen Antrag für eine Präsenzagentur stellen. Die Gemeinde Apen hat einen modernen Bahnhof mit einer neuen ÖPNV-Anlage bekommen, die auch von Menschen weit über die Gemeindegrenzen hinaus genutzt werde. Daher ist es auch der Wunsch der Verwaltung, unterstützend mitzuwirken. Ein kleiner

Teilerfolg sei zu verbuchen, da die LNVG bereit sei, die Sachlage noch einmal zu prüfen. Man müsse hier nun abwarten.

Der Vertreter des Seniorenbeirates Herr Glaffig gibt zu Protokoll, man lasse damit ältere und auch behinderte Menschen außen vor. Nicht jeder habe digitale Möglichkeiten. Ein Großteil der älteren Bevölkerung ist entsetzt über eine mögliche Schließung. Er bitte darum, für den Erhalt der Agentur zu kämpfen.

FBL Rosendahl erklärt, dass die Verwaltung daher einen Beschluss vorgeschlagen habe, damit politisch weiterverfolgt werden könne, die Präsenzagentur dauerhaft zu erhalten. Auch der Ortsverein Augustfehn hat im Verbund mit den anliegenden Ortsbürgervereinen ein Schreiben zur Erhaltung der Agentur aufgesetzt. Dieses werde während der Sitzung verteilt und dem Protokoll als Anlage beigefügt.

AM Martens fragt, warum in der Agentur in Westerstede anders argumentiert werde.

Frau Hobbiejanßen kann dazu erklären, dass Westerstede sich auf die ehrenamtlichen Mitarbeiter berufe und auf die Zahlungen der Deutschen Bahn nicht angewiesen seien. Vor ca. 5 Jahren sei bereits schon einmal diese Situation gewesen und man habe damals still abgewartet, wie entschieden werde. Bis zuletzt habe man „in der Luft gehangen“. Dieses Mal wolle sie gleich den öffentlichen Weg gehen, da eine ruhige Verhandlung nicht möglich sei.

AM Bruns ist der Meinung, dass die Neukundengewinnung die politische Zielsetzung sein solle.

BM Huber kann berichten, dass die Gemeinde gebeten wurde, keinen öffentlichen „Klamauk“ zu veranstalten. Die Frage sei hier, warum eine gut funktionierende Agentur abgeschafft werden soll, damit eine andere Agentur gestärkt werde.

Nach der Beschlussfassung verabschiedet AV Mundt Frau Hobbiejanßen und Herrn Wildemann um 18:39 Uhr.

einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Apen richtet den dringenden Appell an die Deutsche Bahn und die LNVG, die Präsenzagentur in Augustfehn dauerhaft zu erhalten.

9 Antrag der SPD Fraktion auf Tempo 30 vor Kindergärten und Schulen, hier KiTa Pustebume in Godensholt Vorlage: MV/503/2024

FBL Rosendahl berichtet, dass die SPD Fraktion um Überprüfung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h im Bereich des Kindergartens „Pustebume“ an der Edewechter Landstraße in Godensholt gebeten habe. Die Antwort des Landkreises liege auch bereits vor.

Rechtlich sei die Geschwindigkeitsreduzierung nicht möglich, da keine direkte Anbindung an die Landesstraße und somit auch eine erleichterte Anordnungsvoraussetzung nicht gegeben sei. Im Rahmen der Überprüfung stellte der Landkreis Ammerland fest, dass in der Gemeindestraße „Schoolstraat“ aufgrund des Kindergartens 30 km/h ohne rechtliche Voraussetzung angeordnet sei. Zum Schutz der Kinder werde die Anordnung aber beibehalten.

AM Scheiwe möchte wissen, ob die Verwaltung mit der Anordnung eines Parkverbotes in dem Bereich und der Parkplatzbeleuchtung weiter sei.

FBL Rosendahl kann berichten, dass die Leuchtmittel ausgetauscht und die Probleme mit der Parksituation zuständigkeitshalber an den Landkreis Ammerland weitergeleitet wurde.

AM Gerdes gibt zu Protokoll, dass in der Vergangenheit die Anträge der Fraktionen vom Landkreis immer abgelehnt wurden.

AM Bruns gibt an, dass die Sichtverhältnisse bei der Ausfahrt auf die Edewechter Straße nach links durch den großen Baum „gleich Null“ seien. Einen Motorradfahrer würde man gar nicht und ein Auto erst sehr spät erkennen. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, den Baum zu entfernen.

RM Janßen fragt, ob es einen Grund gebe, warum die Anträge vom Landkreis immer so schnell abgelehnt werden.

AV Mundt erklärt hierzu, dass der Landkreis sich auf die Verkehrskommission und die Rechtsgrundlage berufe.

FBL Rosendahl erwähnt, dass einige Kommunen an den Verkehrskommissionen nicht mehr teilnehmen, da sie in der Vergangenheit sowieso nicht gehört wurden.

10 Beitritt der Gemeinde Apen in die Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit"

Vorlage: VO/304/2024

FBL Rosendahl erläutert zunächst den Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2024 und gibt an, dass er den Ansatz für den Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ grundsätzlich nachvollziehen kann. In der Vergangenheit war es so, dass eine Vielzahl von Anträgen auf Geschwindigkeitsreduzierung vor Kindergärten bzw. Schulen nach Prüfung der Rechtslage vom Straßenverkehrsamt des Landkreises Ammerland abgelehnt wurden. Es wäre sicherlich schön, wenn die Stimme einer Kommune mehr Gewicht beim Landkreis hätte. Das Aufgabengebiet könne aber sowohl fachlich als auch personell nicht auch noch durch die Gemeinde Apen übernommen werden.

AM Gerdes ist der Meinung, dass eine Gemeinde besser beurteilen könne, wo etwas notwendig sei und ist daher für einen Beitritt zur Initiative. Vielleicht müsse die Fachlichkeit nicht der Gemeinde unterstellt sein, sondern könne beim Landkreis verbleiben.

RM Janßen sieht einen erhöhten Klärungsbedarf und vertraut auf die Einschätzung des Fachamtes.

FBL Rosendahl kann dazu berichten, dass die Fachlichkeit auch jetzt schon eingebracht und mit einer Stellungnahme an das Fachamt des Landkreises weitergeleitet werde.

AM Martens gibt an, dass andere Kommunen bereits beigetreten sind und mit Anträgen genauso verfahren, wie die Gemeinde Apen. Er sehe somit den Mehrwert nicht.

AM Scheiwe ist der Meinung, dass es eine Sache des Bundes sei, dieses zu regeln.

AM Gerdes vertritt die Ansicht, dass grundsätzlich etwas verändert werden sollte. Es passiere jedoch nichts und mit einem Beitritt hätte die Kommune einen „Hebel“, etwas zu erreichen.

FBL Rosendahl erklärt, dass die Kommunen Bad Zwischenahn, Edeweche, Rastede, Wiefelstede und die Stadt Westerstede bereits beigetreten seien, wobei sich die selbstständige Gemeinde Bad Zwischenahn auch an die Verkehrskommission heranhängt.

AM Meier ist der Ansicht, dass sich nichts ändere, wenn keine Signale gesetzt werden.

AV Mundt fragt, wie der weitere Weg sei, nun da der Bundesrat nicht die nötige Zustimmung gegeben habe.

FBL Rosendahl erklärt, dass die Abstimmung über die StVO im Plenum des Bundesrates, nachdem die Änderung des StVG abgelehnt wurde, von der Tagesordnung genommen wurde und die Bundesregierung bzw. der Bundestag nun die Möglichkeit habe, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um über Kompromisse zu verhandeln.

BM Huber erklärt, dass es sich hier um zwei verschiedene Dinge handle. Zum einen um eine Änderung der rechtlichen Lage, so dass es leichter werde 30 km/h anzuordnen und zum anderen, den Kommunen eine Entscheidung zu ermöglichen.

RM Janßen ist der Meinung, dass es derzeit nur ein „zahnloser Tiger“ sei. Je mehr Kommunen zustimmen, desto mehr Druck könne erzeugt werden. Die Kommunen kennen sich in

ihrem Gemeindegebiet besser aus, daher sei er doch geneigt, dem Beitritt zuzustimmen, um ein Signal zu setzen.

AM Delger ist vom Grundsatz auch dafür, dass in Bereichen von Kindergärten und Schulen die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werde. Es störe ihn allerdings, dass an Schulen, die sich im Außenbereich befinden weiterhin 100 km/h gefahren werden dürfe. Die Initiative biete nur die Möglichkeit innerorts die Geschwindigkeit zu regulieren. Er regt eine Ausweitung der Möglichkeit an, die sich auch auf Gemeindestraßen zu beziehen.

Da der Eindruck entstand, dass der Ausschuss durchaus für einen Beitritt der Initiative sei, schlägt FBL Rosendahl eine Ergänzung des Beschlusses vor.

Der folgende Beschlussvorschlag

Dem Antrag der SPD Fraktion vom 10.03.2024 auf Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ wird nicht entsprochen.

soll wie folgt geändert werden:

Dem Antrag der SPD Fraktion vom 10.03.2024 auf Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ wird entsprochen, um die Anordnung von 30 km/h innerorts den zuständigen Stellen zu erleichtern.

AM Scheiwe erinnert an die Schreiben vom Landkreis und dass die Situation noch nichts ergeben habe. Er wäre für den neuen Beschlussvorschlag.

BM Huber gibt den Hinweis, dass es sich bei der Abarbeitung um Verwaltungsentscheidungen handele, die dann im Rathaus getroffen werden müssten und die Person aufgrund der Nähe zum Bürger, nicht zu beneiden sei.

einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der SPD Fraktion vom 10.03.2024 auf Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ wird entsprochen, um die Anordnung von 30 km/h innerorts den zuständigen Stellen zu erleichtern.

11 Anfragen und Mitteilungen

BM Huber sagt in Eilzuständigkeit Hilfe bei dem Problem in der Zwangsversteigerung der Bungalows in der Kastanienstraße zu. Die Gemeinde sei in der Sache „private Erschließungsstraße“ an der Kastanienstraße in Augustfehn I zwar behördlich nicht zuständig, er könne als Bürgermeister allerdings verstehen, dass die Altanlieger um den Verbleib der „Privatstraße“, teilweise durch die unfertige Baustelle geschädigt, in Sorge sind. Er werde mit einem Schreiben das Gericht darüber informieren, dass neben den zwei jetzt in der Zwangsversteigerung stehenden Gebäuden/Baustellen auch das Problem um die Privatanbindung (Erschließung über das private dritte Grundstück) im Sinne der vertraglichen Nachbarschaft geklärt werden sollte. Die Gemeinde handele hier allerdings lediglich als Hinweisgeber im Sinne ihrer Bürger und ist um Lösungen bemüht.

AM Gerdes fragt warum große Landmaschinen in die Traubenstraße fahren dürfen, obwohl dort ein 5 t Schild ohne Zusatz „landwirtschaftlicher Verkehr frei“ stehe.

FBL Rosendahl kann berichten, dass der Landkreis Ammerland nach einer Prüfung vor Jahren die Grundhaltung habe, dass landwirtschaftlicher Verkehr die tonnenbeschränkten Straßen benutzen dürfen. Außerdem seien die Straßen im Außenbereich und nach der Flurbereinigung von den Landwirten bereits zum Teil bezahlt worden.

AM Bruns fragt, ob man das 5 t Schild mit dem Zusatz an beiden Straßeneinmündungen anbringen könne, damit „Ruhe“ wäre.

AM Gerdes erwidert daraufhin, dass das grundsätzliche Problem damit nicht gelöst sei.

AM Martens fragt, ob die Gemeinde Apen die Flick- und Restarbeiten der Deutschen Glasfaser in Auftrag gegeben habe. In seiner Straße hätte die Firma van Rüschen die Mängel beseitigt.

FBL Rosendahl kann dazu sagen, dass die Gemeinde Apen nicht der Auftraggeber ist. Er wisse aber, dass wenn die Firma van Rüschen den Auftrag für die Arbeiten erhalten habe, es auch so wieder hergerichtet werde, wie es sein müsse.

AM Gerdes möchte wissen wie viele der Baustellen der Deutschen Glasfaser bereits abgenommen wurden.

FBL kann dazu sagen, dass Teilbereiche abgenommen wurden und in anderen Bereichen eine Abnahme ohne unterschriebene Protokoll erfolgte. In der Nachabnahme wurden diese Baustellen nicht abgenommen und müssen nachgebessert werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Schreiben an das Amtsgericht wurde mittlerweile erstellt und liegt dem Protokoll bei.

12 Einwohnerfragestunde

Ein Zuschauer erklärt, dass bei der öffentlichen Einladung zum Ausschuss im Internet kein Bereisungsplan als Anlage beigefügt war. Er fragt, ob dieses beim nächsten Mal erfolgen könne.

BM Huber erklärt dazu, dass bei der Ortsbürgerverein-Versammlung in Augustfehn II gesagt wurde, wo der Ausschuss lang fahre und in welche Ortsteile. Eine Extrainformation erfolge leider nicht.

Der Zuschauer fragt weiterhin, ob das Versprechen, dass bei der OBV-Versammlung gegeben wurde auch einhalten werde. Es hieß, dass die Straße „Alte Siedlung“ so hergestellt werde wie „Am Kanal“ von Gnieser bis zur Vellage-Brücke. Weiter möchte er wissen, wann dies angedacht sei und ob man eine Kalenderwoche nennen könne.

FBL Rosendahl erklärt, dass die Berme teilweise ausgekoffert und mit Schotter verfüllt werde. Der Bauhof kann diese Arbeit jedoch erst nach Fertigstellung der Baumaßnahme durchführen. Die neue Brücke muss für den Verkehr freigegeben sein, da die Arbeiten in der Alten Siedlung nur unter einer Vollsperrung möglich seien und die Brücke zur Umleitungsstrecke gehöre.

Der Zuschauer möchte zudem noch wissen, warum nach dem Abriss der Klefer-Brücke und dem Umlegen der Haltestelle zur Friedensbrücke, der Bus immer noch bei Klefer hält.

FBL Rosendahl erläutert, dass die Bushaltestelle bei der Friedensbrücke durchaus angefahren werde. Es seien ihm bereits Beschwerden von den Anwohner zugetragen worden, dass der Bus die Berme kaputt fahre. Grundsätzlich fährt der Bus über die Geometer-Wöbken-Brücke die andere Kanalseite an, hält bei der Haltestelle Friedensbrücke und fährt dort über die Brücke wieder raus.

Ein weiterer Zuschauer möchte wissen, ob im Zuge des Umbaus der Haltestellen Lengenermoor eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h für diesen Bereich beantragt werden könne. Für die Kinder und auch für Erwachsene sei der Kreuzungsbereich Alte Siedlung – Uplengener Straße – An den Wiesen eine Gefahrenstelle, da man eine schlechte Sicht auf den fließenden Verkehr habe. Er sagt, dass ja nicht erst etwas passieren müsse, um eine Reaktion hervorzurufen.

FBL Rosendahl kann den Anwohnern nur raten, den Antrag direkt an das Kreishaus in Westertede zu richten. Ein Antrag von Betroffenen habe immer mehr Gewicht, als wenn er durch eine Behörde gestellt werde.

Es wird die Frage aus dem Zuschauerraum gestellt, wann denn beim ehemaligen Plagge-Gelände in Apen die Abbiegespur gebaut werde. Herr Rosendahl habe in einer anderen Sitzung davon gesprochen, dass bei übergeordneten Straßen eine Abbiegespur Pflicht sei. FBL Rosendahl erklärt, dass dies rechtlich notwendig sei und eine Vereinbarung abgeschlossen werden müsse. In diesem Bereich werde eine Abbiegehilfe und keine Abbiegespur entstehen. Die Kosten für die notwendige Ablöse liegen bei ca. 70.000,00 Euro. Bei einer Abbiegespur hätte auch eine neue Brücke gebaut werden müssen.

Ein weiterer Zuschauer möchte wissen, ob im Zuge der Erneuerung der Alten Siedlung auch die Neue Siedlung ausgebessert werde und ob dieses zeitnah geschehen könne.

FBL Rosendahl kann dazu nur sagen, dass der Bauhof dort Unterhaltung betreiben müsse, um die schadhaften Stellen auszubessern. Dieses werde im Rahmen der Ausbesserung der Alten Siedlung erfolgen.

Es wird weiterhin gefragt, wie lange noch Züge der Deutschen Bahn am Bahnhof in Augustfehn halten. An anderen Orten, wo z.B. die NordWestBahn fahre, habe die Deutsche Bahn ihre Automaten abgeschafft und man könne dort keine Tickets mehr kaufen.

FBL Rosendahl kann dazu nur sagen, dass die Strecke nach Norddeich Mole weiterhin von der Deutschen Bahn befahren werde.

13 Schließen der öffentlichen Sitzung

AV Mundt schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Straßen, Brücken und ÖPNV um 19:41 Uhr.